

Christian Hacke

## Die deutsche Außenpolitik im Irak-Krieg



*Prof. Dr. Christian Hacke, geb. 1943 in Clausen/ Ostpr., Studium der Politischen Wissenschaften, Soziologie und Rechtswissenschaften in Freiburg/Brsg. und Berlin, lehrte von 1980 bis 2000 Politische Wissenschaften, insbesondere Internationale Beziehungen an der Universität der Bundeswehr in Hamburg; seitdem lehrt er Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Zahlreiche Publikationen zur amerikanischen und deutschen Außenpolitik sowie zur Geschichte und Theorie der Internationalen Politik, u.a.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen? Propyläen Taschenbuch, Berlin 1997; Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush, Propyläen Taschenbuch, München 2002.*

Grundsätzlich war die Einstellung der Regierung Bush gegenüber den deutsch-europäischen Initiativen, wie sie z.B. Außenminister Fischer bis 2001 versuchte, mit Blick auf den arabisch-israelischen Friedensprozess wohl wollend und abwartend. Man verstand in Washington Berlins Drängen als Ausdruck guten Willens, die USA zu unterstützen. Zwar hielt man in Washington nicht sonderlich viel von einer so genannten europäischen Nahostpolitik,<sup>1</sup> aber so lange diese nicht amerikanischen Handlungsspielraum berührte, ließ man die Europäer zunächst gewähren. Auch dass nach dem 11. September 2001 Deutschland auf neue Friedensinitiativen der USA drängte, stieß in Washington auf Verständnis. Doch als die Regierung Schröder/Fischer Washingtons Irak-Politik immer kritischer ins Visier nahm, reagierte Washington mit Unmut, und es kam zu schweren Verstimmungen, die bis heute nachwirken. Worin liegen die Gründe für dieses Auseinanderdriften zwischen Washington und Berlin?

### Ausgangslage: Das Dilemma der Staatengemeinschaft

Weltweit wird Saddam Hussein als gefährlicher, unberechenbarer und machtversessener Diktator eingeschätzt, der auch gegen das eigene Volk brutal mit Giftgas vorging, der zwei Kriege vom Zaun brach und deshalb kontrolliert und eingedämmt bleiben muss. Doch schon seit Jahren stehen die Europäer und insbesondere die Deutschen Washingtons Politik der doppelten Eindämmung Irak und Irans skeptisch gegenüber und fordern stattdessen einen kritischen Dialog. Einig ist man sich allerdings auf beiden Seiten des Atlantiks, dass mit Blick auf den Irak die UN-Auflagen und Sanktionen der 1990er-Jahre bedingungslos zu erfüllen

<sup>1</sup> Vgl. Robert Blackwell/Michael Stürmer (Hrsg.), *Divided Allies*, Cambridge 1997.

sind, also die UN-Inspektoren nach ihrem erzwungenen Abgang 1998 in den Irak zurückkehren und ungehindert ihrer Arbeit nachkommen müssen. Noch im April 2002 schloss sich die Bundesregierung Präsident Bush an, als dieser Saddam Hussein als „ernste Bedrohung für Stabilität und Frieden in der Region“ umschrieb. Die internationale Gemeinschaft habe deshalb, so Bush, die Verantwortung, alles zu tun, um dieser Bedrohung wirksam zu begegnen. Dem entgegnete Berlin, dass die amerikanische Forderung nach gewaltsamem Regime-Wechsel in Bagdad keinen völkerrechtswidrigen Präventivkrieg rechtfertige.

In Berlin wurde das Gefahrenpotential des Irak als nicht akut eingeschätzt, doch in Washington befürchtete man, dass der Irak schon bald über eigene Atomwaffen verfügen könnte und dass seine B- und C-Waffen-Arsenale ständig anwüchsen. Doch kann man von steigenden gefährlichen Kapazitäten auf aggressive Absichten schließen? Das ist eine entscheidende Frage, deren Beantwortung schwer fällt. Der Westen, die USA und vor allem die UN stehen deshalb vor Dilemmata: Sind die Risiken des Krieges größer als die Risiken des Abwartens bzw. des Nichtstuns? Diese Schlüsselfrage wird in Washington und Berlin gegensätzlich beantwortet.

Aus Sicht der amerikanischen Regierung bestand die Gefahr, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen auch an Terrororganisationen wie Al-Qaida weitergeben könnte. Deshalb sei eine militärische Antwort auf Saddams Aufrüstung unter Missachtung von Völkerrecht und Abrüstungsregime notwendig. Dagegen formulierte die Regierung Schröder beherzte und überzeugende Kritik an den amerikanischen Präventivplänen. Vor allem warnte die Bundesregierung vor einem Krieg gegen den Irak, so lange die bestehenden Konfliktherde, wie in Afghanistan und Nahost, noch nicht befriedet seien. Auch bemängelte Berlin die amerikanische Konzeptionslosigkeit mit Blick auf die Fragen einer „Nachkriegsordnung“ für den Irak und den Nahen Osten. Wer soll Wiederaufbau und Sicherheit im Irak garantieren? Sind die USA bereit, auf Jahre oder Jahrzehnte im Irak präsent zu sein oder gilt hier wieder das alte Prinzip der transatlantischen Arbeitsteilung: die Amerikaner leisten die militärische Arbeit, während Europa und die UN für die Aufräum- und Wiederaufbaumaßnahmen zuständig sind? Wie berechtigt sind die arabischen Sorgen, dass Amerika eine „Marionettenregierung“ einsetzt, um sich die indirekte regionale Vorherrschaft sowie freien und günstigen Zugang zu den irakischen Ölquellen zu sichern? Wer garantiert, dass die Kurdenfrage nicht erneut zu einem ernststen Problem zwischen der kurdischen Bevölkerung und der Türkei wird? Die Türkei wird die Gründung eines autonomen kurdischen Teilstaates (geschweige denn eines souveränen Staatsgebildes) unter keinen Umständen dulden. Wie lässt sich das militärische Vorgehen gegen den Irak begründen, falls dieser den UN-Resolutionen weiterhin nicht nachkommt, wenn gleichzeitig Israel sich mit amerikanischer Rückendeckung seit über 30 Jahren weigert, UN-Resolutionen zu erfüllen und die nach 1967 besetzten Gebiete endlich möglichst vollständig zu räumen? Dieser doppelte Maßstab der USA stärkt weder das Ansehen Washingtons noch die Durchsetzungsfähigkeit oder das Ansehen der UN, sondern fördert die Vorbehalte in der islamischen Welt gegenüber der UN und dem westlichen Werte- und Moralsystem.

Auch warnte die Bundesregierung vor den ökonomischen Kosten eines Irak-Krieges, die auf 100 Milliarden Dollar geschätzt werden, plus 15-20 Milliarden Dollar pro Jahr für eine längere Besetzung. Dagegen kostete der Golfkrieg 1990/91 ca. 60 Milliarden, wovon die USA selbst nur 7 Milliarden beitrugen, während reiche Verbündete den Rest zahlten. Allein Deutschland überwies 17 Milliarden DM nach Washington. Trotzdem rutschten die USA nach dem 1. Golfkrieg in eine Wirtschaftskrise, die letztlich dazu beitrug, dass George Bush senior 1992 gegen seinen Herausforderer Clinton verlor. Auch in Deutschland kam es wie in anderen

Ländern zu Wohlstandseinbußen. Vor allem würden die Kosten für den Irak selbst immens sein. Die USA müssen sich darauf einstellen, die Hauptlast der Kosten selbst zu tragen, denn mit Ausnahme Englands verweigern fast alle Staaten der Welt einen militärischen oder finanziellen Beitrag. Darüber hinaus könnte der Krieg gegen den Irak eine Wirtschaftskrise auslösen, die die gesamte industrialisierte Welt schwächt. Die Staatenwelt stand also vor einem Dilemma, denn die bisherigen Sanktionen wurden von Bagdad ignoriert bzw. umgangen.

### Die deutsche Diplomatie

In dieser Situation hätte die Regierung Schröder/Fischer von Anfang an zur Stärkung des Völkerrechts, der Sanktionen und der Autorität der UN den Aufbau einer glaubwürdigen militärischen Drohkulisse durch die USA und England nicht stören dürfen, sondern hätte dieses Bemühen nachhaltig unterstützen müssen. Weil sie aber eine militärische Option zur Wiederherstellung des Rechts kategorisch ausschloss, auch unter UN-Mandat, hat sie die westliche, insbesondere die amerikanischen bzw. die angelsächsischen Bemühungen um Eindämmung des Irak geschwächt. Vor allem suggerierte sie im Sommer 2002 sogar eine moralische Alternative zwischen Gut und Böse, zwischen Richtig oder Falsch, begründete einen „deutschen Weg“<sup>2</sup> und kritisierte den amerikanischen als verhängnisvoll und krieglerisch. Diese Haltung Berlins fand große Zustimmung in Bagdad: *strange bedfellows* wurden erkennbar, als Saddam Hussein den Bundeskanzler als Kronzeugen gegen die USA in Stellung brachte. Doch Deutschlands moralisierende Passivität schafft keine Sicherheit, denn irakische Mittelstreckenraketen mit Massenvernichtungswaffen reichen bis Europa. Saddam Hussein hat sie nicht nur aus Prestige Gründen gebaut, er hat B- und C-Waffen sowohl in Kriegen gegen den Iran und gegen die Kurden im Norden seines Landes eingesetzt, und er hat im zweiten Golfkrieg Raketen auf Israel abgeschossen.

Doch die deutsche Opposition wurde undiplomatisch und ungeschickt formuliert. Weil die Bundesregierung die Regierung Bush als unmoralischen Kriegstreiber hingestellt hat, ist Deutschland auf lange Zeit in Washington isoliert und geschwächt. Vor allem hat die Bundesregierung durch ihren „deutschen Weg“ eine kraftvolle, gemeinsame europäische Position erschwert und ist britischen und französischen Bemühungen um eine gemeinsame europäische Position in den Rücken gefallen. Berlin hat damit die weltpolitische Bedeutungslosigkeit der EU gerade in Krisenzeiten gefördert - im Irrglauben, allein mit friedfertiger, gutartiger Verhandlungsdiplomatie Saddam Hussein beeindrucken zu können. Anstatt im Dreieck London-Paris-Berlin auf ein kraftvolles UN-Ultimatum hinzuarbeiten, wie vom britischen Außenminister Straw vorgeschlagen und wie am 12. September von Präsident Bush vor der UN bestätigt, machte sich Bundeskanzler Schröder auf den „deutschen Weg“. Der Vorschlag des britischen Außenministers Straw, Saddam Hussein von der UN ultimativ zur Rückkehr der Inspektoren auffordern zu lassen, öffnete das richtige diplomatische Eingangstor. Der Vorschlag hätte aus Berlin kommen müssen.

Doch im Bundestagswahlkampf im Sommer 2002 wurde für Bundeskanzler Schröder nicht der Appell an die Vernunft, nicht Verständnis und Abwägen, sondern die Emotionalisierung der deutschen Bevölkerung im Sinne einer höheren Moral und des Pazifismus wichtig. Dabei ließ Schröder jegliches diplomatische Fingerspitzengefühl vermissen und gefährdete au-

---

2 Vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Wahlkampfauftakt am 5. August 2002 in Hannover.

ßenpolitische Interessen, zu deren Durchsetzung Deutschland die Solidarität der USA benötigt. Denn es kommt nicht darauf an, Recht zu haben, sondern unter Verfolgung eigener, aber auch unter Berücksichtigung anderer vitaler Interessen klug vorzugehen. Alte antiamerikanische Reflexe brachen durch, die in den vergangenen Jahren und unter der Last der außenpolitischen Verantwortung verdeckt werden konnten. Wenn Mitglieder der rot-grünen Regierungskoalition den amerikanischen Botschafter Coats mit dem sowjetischen Botschafter Abrassimow oder eine Rechtsprofessorin (!) in Ministerwürden George Bush mit Adolf Hitler verglichen, dann waren dies keine Ausrutscher, sondern nur die Konsequenz von antiamerikanischen Äußerungen des Bundeskanzlers und des Außenministers. Dass Schröder im Landtagswahlkampf in Niedersachsen im Januar 2003 das kategorische Nein auch für den Fall eines UN-Mandats bekräftigte - ohne die Ergebnissen der Waffeninspektoren abzuwarten -, hat weitere schwerwiegende Folgen für die deutsche Außenpolitik.

„Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmen wird“,<sup>3</sup> hat Bundeskanzler Gerhard Schröder in Goslar erklärt. Damit ging er den „deutschen Weg“ konsequent weiter. Es erhärtete sich der Eindruck, dass Schröder und sein Außenminister Joschka Fischer sich weniger als Diplomaten, sondern als Chefankläger der USA verstehen.

Beide waren nicht gewillt, ihre kritischen Argumente diplomatisch darzulegen, wie dies England und Frankreich vorbildlich vorexerziert haben: Im September 2002 gab es die erwähnte Initiative Straws, und im Januar 2003 gelang es Frankreich durch die Forderung nach Verlängerung der Inspektionen im Irak um zwei Monate, die Kriegsgefahr vorübergehend zu bannen und doppelten Druck auszuüben: gegenüber dem Irak, aber auch gegenüber den USA, die durch das angekündigte französische Veto im Sicherheitsrat ohne UN-Mandat, also ohne Zustimmung der Staatengemeinschaft, militärisch hätten vorgehen müssen.

Während Frankreich und vor allem England in dieser schwierigen Situation flexibel und vor allem mit Gespür für die eigenen Interessen handelten, ging die Bundesregierung in deutscher Manier vor: selbstgerecht, selbstgefällig und auf höherer Stufe moralisierend. Man trumpfte auf und hielt sich offensichtlich für etwas Besseres.

Das verstärkte die Tendenzen zur außenpolitischen Isolierung. So hatte das Signal von Goslar schwerwiegende Konsequenzen: Es gab für die USA keinen ernst zu nehmenden deutschen Partner mehr, von Freundschaft konnte längst keine Rede mehr sein. Für Präsident Bush wurde Deutschland neben Frankreich zur führenden antiamerikanischen Macht in Europa. In dieser Rolle trat Berlin im Sommer 2002 gleichberechtigt an die Seite Frankreichs und verlor weiter an außenpolitischem Handlungsspielraum. So wurde innerhalb und außerhalb der UN deutlich, dass die rot-grüne Regierung Deutschland offensichtlich nicht auf Augenhöhe mit den beiden anderen europäischen Mächten Frankreich und England bringen konnte.

Schröder und Fischer schienen zu Krisendiplomatie im großen Stil nicht fähig und willens. So erklärte Fischer: „Frankreich spielt eine sehr bedeutende Rolle in der Weltpolitik. Es hat auch eine eigene Vision von seiner globalen Rolle. Es hat eine andere Geschichte als wir. Es ist ständiges Sicherheitsratsmitglied, es ist Atommacht. Zudem hat es gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich eine große Geschichte, während unser Land eine gebrochene Geschichte hat. (Wir) können unser Land mit Frankreich und Großbritannien nicht gleichsetzen.“<sup>4</sup> Wer eigene Handlungsunfähigkeit historisch begründet, verkennt nicht nur die au-

---

3 Vgl. „Schröder schließt erstmals Ja zum Irak-Krieg im Sicherheitsrat aus“, in: Die Welt, 21. Januar 2003.

4 Vgl. Christian Hacke, Selbstgefällige Chefankläger, in: Financial Times Deutschland, 27. Januar 2003.

ßenpolitischen Leistungen der vergangenen Jahrzehnte, sondern hat die Lektionen der Geschichte nicht gelernt.

Die Verankerung des außenpolitischen Gemeinschaftsgedankens, die Herausbildung einer zivilisatorischen Vorbildrolle für Europa, der sicherheitspolitische Beitrag Deutschlands und die guten Beziehungen zu Washington wiesen Deutschland jahrzehntelang außenpolitische Schlüsselrollen zu, die durch Schröders und Fischers Politik gefährdet wurden.

Auch hier wirkte Fischers Selbstbekenntnis enthüllend: „Ein Militäreinsatz muss so begründet sein, dass wir die Menschen wirklich mitnehmen und überzeugen“. Mit dieser populistischen Argumentation ging der Wille zur verantwortlichen Führung verloren. Wer den Krieg gegen den Irak verhindern wollte, musste zu allererst bereit sein, ihn zu führen. Diese Philosophie hatte die Regierung Schröder/Fischer im Unterschied zu anderen nicht verstanden. Zogen bei der ersten Irak-Resolution im Sicherheitsrat die Staaten noch an einem Strang (lediglich Deutschland hatte sich vorab auch machtpolitisch verabschiedet, indem es erklärte, dass es in jedem Falle an militärischen Aktionen nicht teilnehmen würde), so wurde das Tauziehen um eine zweite Irak-Resolution so konfus, dass sie letztlich eine entsprechende Resolution nicht zustande kam und die USA im März 2003 ohne UN-Mandat mit einer kleinen Koalition, vor allem zusammen mit den Briten, militärisch vorgingen. Vermutlich war Präsident Bush davon überzeugt, dass ihm die Mehrheit der Staaten, auch Frankreich, Russland und China, äußerstenfalls im Sicherheitsrat folgen würden. Doch angetrieben von den Falken entschloss er sich auch ohne UN-Mandat zu einem Militärschlag, also ohne Legitimation der Vereinten Nationen. Doch auch die Bundesregierung spielte im Rahmen der Vereinten Nationen mit Blick auf die Irak-Kontroverse eine fatale Rolle. Sie hatte ursprünglich die Vereinten Nationen zur zentralen Bühne ihres internationalen Handels ausgewählt, während die NATO von Anfang an sowohl von SPD als auch von Grünen mit kritischem Blick betrachtet wurde. Allerdings zeigte die Regierung Schröder/Fischer an zwei entscheidenden Beispielen, dass ihr die Stärkung der Vereinten Nationen nicht immer zentral war: In den Kosovo-Krieg trat sie ein, ohne dass ein Mandat der Vereinten Nationen vorlag, und ihre Entscheidung, keinesfalls an einem Irak-Krieg teilzunehmen, fällt sie lange bevor es die Resolution 1441 des Sicherheitsrates gab. Vielmehr sah Rot-Grün die Rechtmäßigkeit der deutschen Beteiligung an den NATO-Angriffen auf Serbien ohne UN-Mandat als gegeben, ja als moralisch unabdingbar an. Doch hatte die Regierung Schröder/Fischer im Kosovo-Krieg mit dem Grundsatz gebrochen, das internationale Gewaltmonopol liege bei den Vereinten Nationen. Dieser Grundsatz wurde mit der gleichen Entschiedenheit, wenn auch mit anderem Vorzeichen, gebrochen, als Bundeskanzler Schröder verkündete, das Nein der Bundesregierung zu einem militärischen Vorgehen gegen den Irak gelte unabhängig davon, ob es für ein solches Vorgehen ein Mandat der Vereinten Nationen geben sollte oder nicht. Hatte die Regierung im Kosovo-Krieg eine außenpolitische Entscheidung unabhängig vom Votum der Vereinten Nationen getroffen, so entschied sie mit Blick auf Irak aus innenpolitischen wahlkampf-taktischen Gründen gegen den Krieg, ohne den Vereinten Nationen Einfluss zuzugestehen. Im Irak-Krieg wollten Schröder und Fischer verhindern, durch amerikanisch-britische Zusammenarbeit im Sicherheitsrat zu Entscheidungen gezwungen zu werden, die sie politisch und moralisch ablehnten. Hier setzte für Rot-Grün der Gemeinschaftsgedanke aus, denn Schröder und Fischer taten im Rahmen der UN nichts, um eine mögliche Mehrheitsentscheidung des Sicherheitsrates als Handlungsanleitung für die eigene Regierung zu verstehen.

Nicht nur in der UN geriet Deutschland im diplomatischen Ringen um die Irak-Politik an den Rand des Geschehens. Je mehr Frankreich sich zum zentralen Widersacher von Präsident

Bushs Irakkpolitik machte, je mehr Jacques Chirac Gerhard Schröder ins diplomatische Schlepptau nahm, umso mehr geriet Berlin in die zweite, ja dritte Reihe. Doch in dem Maße, in dem Frankreich und dann auch Russland ebenso wie die Volksrepublik China, ja die überwältigende Mehrheit der Staaten der Welt, Amerikas Politik ablehnten, wuchsen das Selbstbewusstsein und die Gewissheit der rot-grünen Bundesregierung, moralisch Recht zu haben und zugleich aus Amerikas diplomatischer Schusslinie herauszukommen. Bis zu dem Zeitpunkt, da die USA und Großbritannien ihren zweiten Resolutionsentwurf zurückzogen, hatte Berlin sich außerdem nicht öffentlich zwischen Enthaltung und Ablehnung festgelegt. Das war nicht mehr nötig. Auch blieb die Bewertung der Bundesregierung zweideutig, ob die Amerikaner mit ihrem Angriff auf Bagdad gegen das Völkerrecht verstoßen oder nicht.

### **Zusammenfassung: Die Schwächung der Staatengemeinschaft**

In der Tat hatte die Regierung Bush nach dem 11. September ihr Selbstverteidigungsrecht sehr weit ausgelegt: es reichte bis an den Euphrat und bis zur moralischen Rechtfertigung nicht nur einer erzwungenen Entwaffnung, sondern eines erzwungenen Regimewechsels - ja, es reichte bis zur postulierten Neuordnung des gesamten Mittleren Ostens.

Kein Wunder, dass angesichts der hochfahrenden amerikanischen UN-Politik, die den Sicherheitsrat nur noch zur Abstimmungsmaschine für Amerika degradiert hätte, sich die anderen Mitglieder, ausgenommen England, herausgefordert fühlten - vor allem Russland, die Großmacht von gestern, und Frankreich, die „Möchtegern-Großmacht“. Beide stellten sich, Deutschland und die Volksrepublik China im Schlepptau, mit guten Sachargumenten gegen die USA. Zum historischen Datum wurde der 5. März 2003, als sich Frankreich, Deutschland und Russland gegen die Hypermacht USA zusammenschlossen: Eine Kriegsresolution „werden wir nicht zulassen“, hieß es. Damit wurde die Umkehrung bzw. die Auflösung der klassischen Bündnisformation, wie sie seit dem Kalten Krieg entstanden war, besiegelt. Alte Freunde wurden zu erbitterten Gegnern, die sich mit alten Feinden gegen die letzte verbleibende Supermacht vereinten.<sup>5</sup>

Am Vorabend des Irak-Krieges hatten sich alle verkalkuliert: Aber war es klug, der amerikanischen Arroganz der Macht die Arroganz der Ohnmacht gegenüber zu stellen? Vor allem war es ein Bruch diplomatischer Gepflogenheit, weil Deutschland Partner bevorzugte, die sich nicht aus moralischen Gründen, sondern aus nüchternen Eigeninteressen gegen die USA stellten: Russland hat ein eigenes Interesse, die USA zu schwächen und die NATO zu entmachten. Frankreich versucht seit vielen Jahren, den Einfluss der NATO zu minimalisieren und sich selbst als führende Macht zu stilisieren. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Irak-Krieges eine Krise der Gemeinschaftsinstitutionen deutlich, wie sie der Westen noch nicht erlebt hat. Ihr Funktionieren beruhte auf Verlässlichkeit und Berechenbarkeit bestimmter Koalitionen. Der Irak war schon lange nicht mehr das Problem, nun ging es um die Einheit des Westens.

Die Instrumente des Bündnisses sind spätestens seit dem 11. September 2001 reformbedürftig. Die NATO als Verteidigungsbündnis existiert faktisch nicht mehr. Von einer Gemeinsamkeit des Westens kann nicht länger gesprochen werden. Der Irak-Krieg hat zu einer Renationalisierung, zu einer tiefen Zerklüftung des transatlantischen Verhältnisses auch

---

5 Vgl. Josef Joffe, Die Stricke reißen. Europa, Russland, USA: Der Trümmerhaufen vor dem ersten Schuss, in: Die Zeit, 13. März 2003.

innerhalb Europas geführt. Die USA werden künftig mit dem neuen Europa, mit den osteuropäischen Ländern, Bündnisse bilden, und sich dabei immer weniger um Deutschland oder Frankreich scheren.

Die Bundesrepublik trägt an dieser Entwicklung eine erhebliche Mitschuld. Dabei hat sie in der Sache mit ihrer Ablehnung des Irak-Krieges vollkommen Recht. Leider hat Deutschland sich aber frühzeitig weiter aus dem Fenster gelehnt als jedes andere Land. Deutschland hat seine über Jahrzehnte gewachsene zentrale Vermittlerrolle zwischen den zum Antiamerikanismus tendierenden Franzosen und den stark proamerikanisch gepolten Briten ohne Not aufgegeben. Die Regierung hat stattdessen Fragen abschlägig beschieden - etwa das Nein zur Beteiligung der Bundeswehr -, die überhaupt niemand gestellt hatte. Das bestätigte die Falken in Washington in ihrer Annahme, mit dem „alten Europa“, der NATO und der UN sei nichts zu erreichen.

Berlin hätte vielmehr die moralische Verwerflichkeit des Regimes in Bagdad betonen sollen, um ein Signal des Verständnisses an Washington zu senden. Man hätte sich zwischen London und Paris um eine gemeinsame Position bemühen müssen, etwa ein weiter gefasstes Ultimatum mit genauem Zeitplan für Bagdads Abrüstungsschritte, um dann auch Peking und Moskau ins Boot zu holen. Das hätte es den Amerikanern schwerer gemacht, einseitig den Krieg zu beginnen.

Die USA ist erfüllt vom Selbstbewusstsein der einzig verbliebenen Supermacht, gepaart mit militärischer Arroganz und ausgeprägtem Sendungsbewusstsein. Washingtons eigentliches Ziel war seit langem der Regimewechsel in Bagdad. Aber schlimmer als das, was wir nun erleben, hätte es nicht kommen können. Die internationale Architektur hätte durch ein diplomatischeres und einmütiges Vorgehen der Europäer nicht solchen Schaden genommen. Vor allem wäre die Rolle Deutschlands innerhalb der EU und der NATO nicht so nachhaltig beschädigt worden. Es gab nur zwei Länder weltweit, denen die Ergebnisse der UN-Inspektionen im Irak von vornherein gleichgültig waren: den Amerikanern, weil sie den Krieg wollten, und den Deutschen mit ihrem bedingungslosen Nein.

Die zukünftigen Perspektiven der transatlantischen Beziehungen hängen zunächst vom weiteren Kriegsverlauf ab. Sollten die USA und Großbritannien schnell und - relativ - unblutig siegen, wird sich Washington als ordnungspolitische Macht im Nahen und Mittleren Osten bestätigt fühlen. Dann steht das Tor in ein „Amerikanisches 21. Jahrhundert“ mit dem hochfahrenden Hegemon USA weit offen. Sollte sich der Krieg zu einem neuen Vietnam entwickeln, dann können die Deutschen zwar darauf verweisen, Recht gehabt zu haben. Aber international wird die Bundesrepublik auch dann kaum noch eine Rolle spielen.